

Projekt Zukunft oder: Bundesarbeitsdienst einmal anders

Gegen-hartz.de: „Behörde schickte Hartz IV-Bezieher ins Bombenfeld“ (via [Fefe](#))

Da verschlägt es einem schier die Sprache: „...verpflichtete das [Jobcenter in Plauen](#) Hartz-IV-Bezieher im Plauener Hammerpark zu arbeiten, um dort das Unterholz zu entfernen. Das Brisante: Stadtämter vermuten, dass in diesem Park noch zahlreiche Blindgänger-Bomben aus dem zweiten Weltkrieg lagern. Bevor jedoch der Kampfmittelbeseitigungsdienst anrückt, sollten die insgesamt neun als Ein-Euro-Kräfte eingesetzten Hartz IV Bezieher das Unterholz entfernen.“

Ausführlich kann man das im [Vogtland-Anzeiger](#) nachlesen (ohne jeden kritischen Ton):

Unter Anleitung eines Vorarbeiters der Stadtverwaltung sind derzeit neun Beschäftigte des Projektes Zukunft im Hammerpark an der Südinsel unterwegs, um das dichte Unterholz und den Wildwuchs zu beseitigen. Diese Maßnahme bereitet die Suche nach Bomben aus dem 2. Weltkrieg vor. (...) Weil in dem Gelände extrem viele Bomben vermutet werden, kommt hier das Land für Experten und Kosten auf. Unterholz wird entfernt, der „Wald gefegt“ – dann kommen die Metalldetektoren zum Einsatz und spüren Bomben auf.

Man sieht: Falls man die Ein-Euro-Jobs wieder historisch korrekt als „Reichsarbeitsdienst“ bezeichnete, würde sich in Plauen wohl kaum jemand beschweren.

Laut [Sächsischer Zeitung](#) hat die Leiterin des Jobcenters Plauen die Aktion zurückgepiffen: „Hätten wir von den Bomben gewusst, hätten wir der Aktion nie zugestimmt. Wir schicken keine Arbeitslosen in solch gefährliche Jobs.“ Das Jobcenter

lässt prüfen, wer für den Arbeitseinsatz verantwortlich war.“